

Eike-Christian Hornig (Osnabrück)

Die Spätphase der Mitgliederparteien in Westeuropa

Der gegenständliche Beitrag erforscht Begriff, Status und Zukunft der Mitgliederpartei in Westeuropa im Kontext des Parteienwandels. Anhand des intra-organisatorischen Verhältnisses von Mitgliedschaft, Parteielite und WählerInnenschaft wird erstens eine qualitative Definition der Mitgliederpartei erarbeitet. Die daraus resultierende Ära der Mitgliederpartei umfasst mit der Massenpartei, der „catch-all“-Partei und der Kartell-Partei die drei modernen Phasen des Parteienwandels. Die stringenten intra-organisatorischen Entwicklungspfade deuten zweitens auf eine Ablösung der Mitgliederpartei hin. Mit der Kartell-Partei hat die Mitgliederpartei demnach ihre Spätphase erreicht. Auch wenn die meisten großen westeuropäischen Parteien noch nicht so weit sind, verbreitet sich drittens in Westeuropa durch die „plebiszitäre Transformation“ bereits das logische Nachfolgemodell der Mitgliederpartei.

*Keywords: Parteienwandel, Mitgliederpartei, Stadientypologie, Kartell-Partei, plebiszitäre Transformation
party change, member's party, cartel party, populist parties*

Der vorliegende Beitrag¹ zielt darauf ab, die Nutzbarkeit und Aussagekraft der Mitgliederpartei als Konzept durch eine neue theoretische Verortung zu erhöhen. In historisch vergleichender Perspektive werden Begriff, Status und Zukunft der Mitgliederparteien in Westeuropa beleuchtet. Nach einer methodischen Einführung in den Parteienwandel wird der Begriff der Mitgliederpartei im zweiten Kapitel in das Entwicklungskontinuum der politischen Parteien in Westeuropa, wie es die Phasen der Stadientypologie auf idealtypische Weise wiedergeben, integriert. Im Mittelpunkt dieser qualitativen Definition der Mitgliederpartei steht das enge Verhältnis zwischen Parteielite² und Mitgliedschaft, das an konkreten Kriterien festgemacht wird. Ergänzt noch um die WählerInnenschaft als die dritte relevante Gruppe, ergeben sich Phasenabhängige Beziehungsdreiecke. Aus diesen geht hervor, dass das enge Verhältnis zwischen Parteielite und Mitgliedschaft integraler Bestandteil der intra-organisatorischen Dimension der ideologisierten Massen-, der „catch-all“- und der Kartell-Parteien ist. Sie bilden die Ära der Mitgliederpartei. Dies kann zwar die „Unschärfe und Heimatlosigkeit der Mitgliederpartei“, die Wiesendahl beklagt hat (2006,16) nicht beheben, aber zumindest mindern. Aus der Konstruktion eines zusammenhängenden Verlaufs der jeweiligen Beziehungsdreiecke werden dann zwei grundlegende Erkenntnisse gewonnen.

Erstens lockert sich mit jeder Verdrängung des dominierenden Parteientypus die Bindung zwischen Mitgliedschaft und Elite und die Elite richtet sich zunehmend an den WählerInnen aus. Dadurch steht ein Wandel in der Bedeutung und Logik der Mitgliedschaft bevor, der analytisch auf die Verdrängung der Partei der Mitglieder durch die Partei der WählerInnen hinausläuft. Im fortlaufenden Entwicklungsprozess politischer Parteien wäre dies der bedeutendste Einschnitt seit der Etablierung der Massenmitgliedschaft im späten 19. Jahrhundert. War die Massenpartei der Beginn der Mitgliederpartei, signalisieren die theoretischen Implikationen der aktuell disku-

tierten Kartell-Parteien-Theorie das Erreichen ihrer Spät- oder Endphase, da ein weiterer Bedeutungsverlust zur Aushöhlung der Mitgliedschaft führen würde. Das vierte Kapitel zeigt, dass die Ausbildung der typologischen Implikationen des intra-organisatorischen Beziehungsdreieckes der Kartell-Partei in der Realität schon weit vorangeschritten ist.

Zweitens wird der weitere Verlauf der Beziehung zwischen Parteielite, Mitgliedschaft und WählerInnenschaft projiziert. Das fünfte Kapitel zeigt, dass sich mit den rechtspopulistischen Parteien ein Parteiotyp an den Rändern vieler und in der Mitte einiger westeuropäischer Parteiensysteme etabliert hat, der einem Nachfolgemodell der Mitgliederpartei bereits entspricht. Auch wenn diese Parteienfamilie auf der politischen Bühne nicht neu ist, verändert sie im Rahmen der „plebiszitären Transformation“ (Decker 2004, 273) die typologische Parteienlandschaft in Westeuropa. Die empirische Basis der Mitgliederpartei als typologischer Durchschnittspartei erodiert dadurch zunehmend.

1. Zur Operationalisierung des Parteienwandels

Politische Parteien stellen die Verbindung der Gesellschaft mit den staatlichen Institutionen her. Diese „*Linkage*“ unterliegt einer stetigen Entwicklungsdynamik, da gesellschaftliche Modernisierungsschübe die Anforderungen und das Handlungsumfeld verändern. Seit der Entstehung der Parteien innerhalb und außerhalb der Parlamente am Ende des 19. Jahrhunderts waren dies insbesondere die Erweiterung des Wahlrechts, der Wandel der „*cleavage*“-Struktur durch staatliche Wohlfahrtssysteme, die fortschreitende Entideologisierung, die zunehmende Säkularisierung, die Hedonisierung der Lebensentwürfe, die Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung oder der Medienwandel. Diese „*intervenierenden Variablen*“, wie Klaus von Beyme sie genannt hat (Beyme 2002, 28), wirken auf die Funktion und Konstitution der Parteien als Verbindungselement zwischen Staat und Gesellschaft ein. Externe Einflüsse und die Reaktionen der Parteien stehen dabei in einem wechselseitigen Verhältnis.

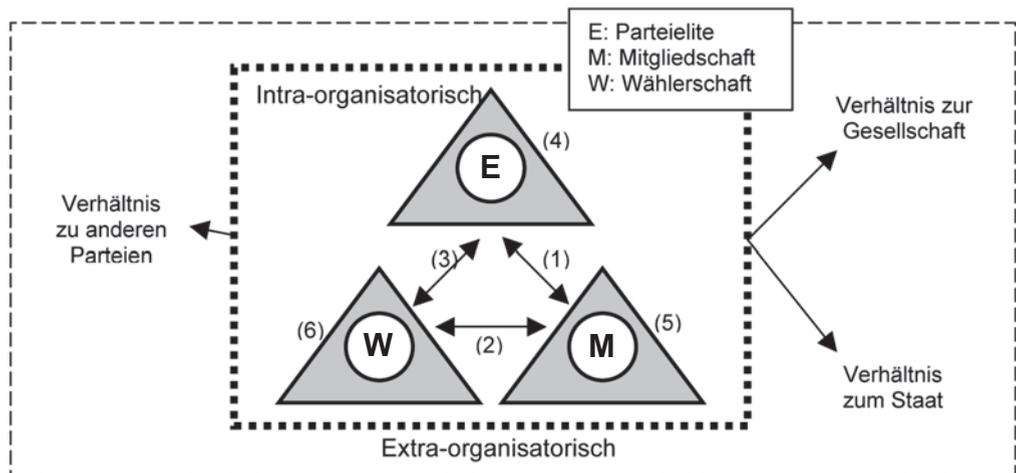
In verschiedenen idealtypischen Stadienmodellen werden die mit diesem Prozess verbundenen Wandlungsprozesse der Organisationen, Funktionen und Inhalte der Parteien reflektiert. Nach der Devise „Typenbildung ist Generalisierung auf mittleren Erfahrungswerten“ (ebd.), zielen sie darauf ab, den durchschnittlichen Entwicklungsstand politischer Parteien in Europa wiederzuspiegeln. So folgt nach der Honoratioren- und der ideologischen Massenpartei in den 1950ern die Volkspartei als dominierender Parteiotypus (vgl. Kirchheimer 1966). Während die ersten Phasen kaum mehr Anlass zur Diskussion geben, steht seit 1995 die These der „*cartel-party*“ von Katz und Mair als vierte Phase im Raum (vgl. Katz/Mair 1995). Trotz zahlreicher Kritik³ ist diese als „Kristallisationspunkt und Stimulus“ zu einem Klassiker der jüngeren Parteienforschung geworden (Helms 2001, 707). Der vorliegende Aufsatz greift daher deren Implikationen mit auf.

Um übergreifende Entwicklungen zu verdeutlichen, eignet sich die Stadientypologie besser als der alleinige Rekurs auf nationale Zusammenhänge. Doch kennzeichnen verschiedene Einschränkungen ihren Gebrauch als idealtypisches Konzept. Erstens sind die Phasen nicht ausschließlich zu verstehen, sondern es handelt sich um den jeweils dominanten Typus. Dessen Verdrängung findet nicht ad hoc statt, sondern ist ein evolutionärer Prozess, der auch ein zeitweiliges Nebeneinander beinhaltet. Aufgrund dieser Überlappungen bzw. fließenden Übergänge der Phasen fehlen klare Einschnitte und allzu konkreten Datierungsversuchen sollte skeptisch begegnet werden. Zweitens sind die Mehrzahl der Realtypen große, westeuropäische Parteien

(Decker 1999, 355), die vom Idealtyp abweichen. So schreibt Kirchheimer, dass eher „*major parties*“ erfolgreiche *catch-all*-Parteien werden könnten, da kleinere Parteien oftmals eine speziellere Repräsentationsgrundlage hätten, die sich mit dem „*catch-all*“-Prinzip ausschließe. (Kirchheimer 1966, 187). Der gesamte osteuropäische Raum fällt für die Zeit zwischen 1945 und 1990 aus. Drittens zielen Einwände gegen die Inanspruchnahme des Weberischen Idealtypus für die Stadientypologie auf die Unterschiedlichkeit der damit beschriebenen Phänomene ab, da Weber mit dem Idealtypus eigentlich Abstraktionen wie Stadt oder Kapitalismus im Sinne hatte (Beyme 2002, 27). Trotz der Unvollkommenheit der Stadientypologie als *patch-work*-Theorie, ist sie bislang die einzige brauchbare Antwort auf eine der entscheidenden Fragen der politischen Soziologie: Es „muss begründet werden, warum ein bestimmter Organisationstyp in einer Epoche überwiegt“ (ebd.).

Die hier erarbeitete qualitative Definition der Mitgliederpartei beruht nur auf dem intra-organisatorischen Teil der Implikationen der Stadientypologie, der anhand des Beziehungsdreiecks von Mitgliedschaft (M), Parteilite (E) und WählerInnenchaft (W) dargestellt wird. Die Aspekte des extra-organisatorischen Wandels werden ausgeblendet, da sie nur mittelbar relevant sind, auch wenn sich in letzter Konsequenz über die intervenierenden Variablen immer wieder Verbindungen zur Parteimitgliedschaft ergeben. Es muss also in gewisser Weise zwischen der Mitgliederpartei als Konzept und der Massen-, Volks- und Kartellpartei als stadientypologische Phasen getrennt werden.

Abbildung1: Intra- und extra-organisatorische Dimension des Parteienwandels



Quelle: Eigene Darstellung

Die grafischen Darstellungen der Nähe bzw. Distanz der Teileinheiten im intra-organisatorischen Beziehungsdreieck beruhen auf einer qualitativen Einschätzung der Wirkung der jeweiligen intervenierenden Variablen einer Phase und haben somit einen heuristischen Charakter. Sie gliedern sich in sechs unterschiedliche Punkte, wie Abbildung 1 zeigt. Erstens die Beziehung zwischen Parteilite und Mitgliedschaft, zweitens zwischen Mitgliedschaft und WählerInnenchaft und drittens zwischen Parteilite und WählerInnenchaft. Dass sich die Teil-Elemente im stadientypologischen Verlauf auch in ihren Charakteristika verändern, wird anhand der Punkte 4

(Parteilite), 5 (Mitgliedschaft) und 6 (WählerInnenschaft) nachvollzogen. Durch die Aneinanderreihung der Beziehungsdreiecke einer jeden Phase wird in den Abbildungen 2 bis 5 ein zusammenhängender Verlauf konstruiert. Die Form des Sechsecks macht es möglich die Punkte 4 bis 6 anhand eines Kontinuums zwischen zwei Polen darzustellen. Jeder Akteursgruppe wird für den Beginn des darstellbaren stadientypologischen Verlaufs ein Hauptcharakteristikum zugeschrieben und das genaue Gegenteil als Endpunkt zugeordnet.

2. Die Ära der Mitgliederpartei als theoretisches Konzept

Im Folgenden wird argumentiert, dass die ideologisierte Massenpartei, die *catch-all*-Partei und die Kartell-Partei die drei Phasen der Ära der Mitgliederpartei bilden. Die Kader- und Honoratiorenparteien der ersten stadientypologischen Phase gehören hier nicht zu, da sich aufgrund der „*effective Fusion*“ (Katz 2001, 283) der Teileinheiten kein relevantes Kräfteverhältnis im Beziehungsdreieck ausmachen lässt. Weder verfügten sie über eine nennenswerte (formalisierte) Mitgliedschaft, noch über verfestigte organisatorische Strukturen. Vielmehr handelte es sich um einen kleinen, losen (Männer-) Verbund von Mitgliedern der (Besitz-) Oberschicht, die einzelne ihrer Exponenten in staatliche Ämter entsandten. Die Kandidatenauswahl war eher ein „*self-selecting*“ (Hopkin 2001, 344). Mit ihrem Engagement betrieben sie im wesentlichen Privilegiensicherung (Beyme 2002, 41). Dabei war eine Rückanbindung der prinzipiell unabhängigen Abgeordneten an die Partei(-mitgliedschaft) nicht notwendig, da es diese nicht gab. Blyth und Katz führen ihre Entstehung auf ein parlamentsinternes Dilemma zurück, das in der Notwendigkeit der Koordination der eigentlich unabhängigen Mitglieder in zunehmend machtvollen parlamentarischen Versammlungen bestand (Blyth/Katz 2005, 34f.).

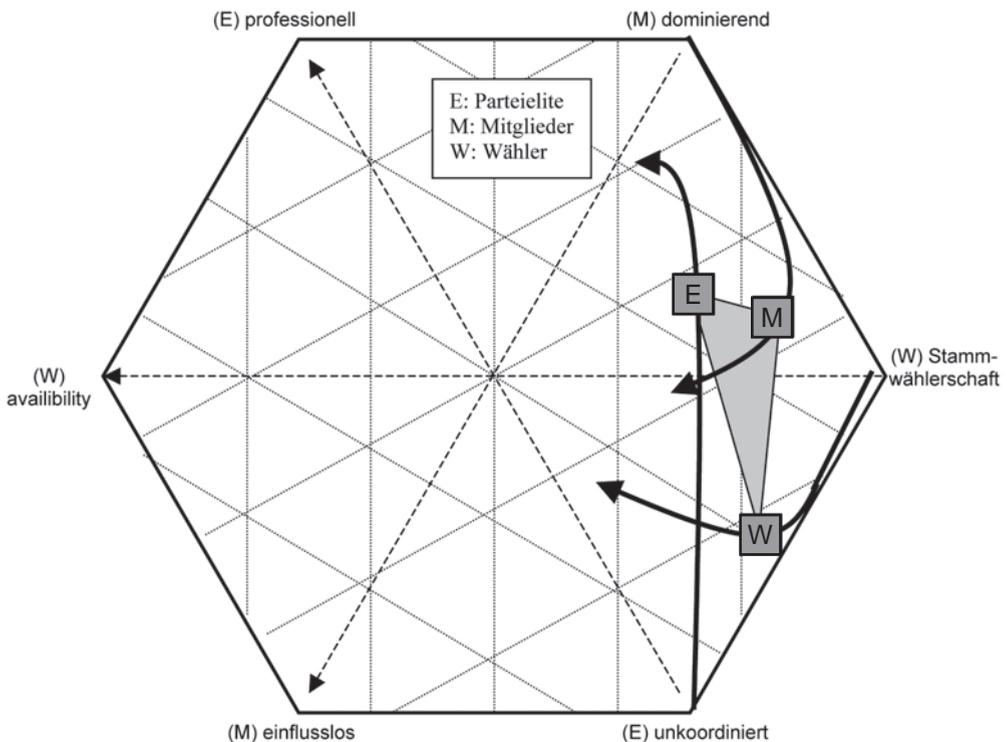
Wenn die Kader- oder Elitenpartei die archetypische Partei für die Entstehung im Parlament war, steht die Massenpartei archetypisch für die Entstehung außerhalb (Blyth/Katz 2005, 35). In ihrer Ära entwickelten die drei Teil-Einheiten klare Konturen. Die Massenmitgliedschaft bestand insbesondere aus ArbeiterInnen, die das gesellschaftliche Bild europäischer Industrienationen zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägten. Es gab zwar vorher bereits Massenparteien, diese waren von der Führung des Systems in der Regel aber ausgeschlossen (Beyme 2002, 28). In Dahl'schen Dimensionen ausgedrückt, kam in den „*competitive oligarchies*“ Nord-West-Europas die Liberalisierung vor der Erweiterung der Partizipation, weshalb sich zuerst die Massenorganisationen außerhalb der politischen Institutionen aus den Arbeiterbewegungen formierten, festigten und erst abschließend in staatliche Ämter gelangte. Die Massenparteien, die Detterbeck zu Folge (2002, 25) ihren Höhepunkt in der Zwischenkriegszeit erreichten, basierten auf Klassen- oder Konfessionskonflikten und setzten diesen ihre alternativen, nicht zwangsläufig demokratischen, Gesellschaftskonzepte entgegen. Zu ihrer Umsetzung entwickelten sie eine breite und hierarchische Organisationsstruktur, in der die Mitglieder so viel Einfluss ausübten wie nie wieder (VG⁴ 5). Die Anfangsphase der Mitgliederpartei war sogleich ihre Hochphase. Von da an nahm ihr Einfluss und ihre Bedeutung innerhalb der Parteiorganisation Phase für Phase ab. Doch zuerst war die Mitgliedschaft noch für die Finanzierung der Partei und den Wahlkampf unabdingbar. Die Mitgliedsbeiträge waren in der Phase der Massenpartei die Hauptfinanzierungsquelle, während größere Spenden an die etablierten Kader-Parteien gingen (Van Biezen 1998, 36).

Der Wahlkampf diente weniger der Gewinnung neuer WählerInnen als der Mobilisierung der kompakten StammwählerInnenschaft (VG 6) aus den zugehörigen gesellschaftlichen Sub-

kulturen. Die Ausrichtung des Wahlprogramms auf der Grundlage von Umfragen war noch undenkbar. Der Wahlkampf wurde materialintensiv geführt und beanspruchte ein breites, auch finanzielles Engagement der Mitgliedschaft und eine erhöhte Koordinierungsleistung der Parteielite, die dieser durch den Ausbau parteiinterner Kommunikationsnetze (Parteizeitungen) begegnete. So bedeutete Parteimitgliedschaft ein Informationsprivileg gegenüber Nichtmitgliedern, da die Kommunikation der Parteiführung an der Mitgliedschaft orientiert war. WählerInnen und Mitglieder unterschieden sich also vielfach (VG 2).

Die innerparteiliche Demokratie war so stark ausgeprägt, dass die Mandatsträger als Delegierte im Sinne ihrer Mutterorganisationen handelten (VG 1). Allerdings erwuchsen aus der alltäglichen Praxis Einschränkungen, da die großen Mitgliederorgane nicht dauerhaft die Geschäfte regeln konnten (Blyth/Katz 2005, 37). Der Massencharakter dieser zweiten Entwicklungsstufe führt zu einem Koordinierungsproblem, das auf eine informelle Dominanz der Parteielite hinauslief und Katz somit Michels eisernes Gesetz der Oligarchie bestätigt sieht (Katz 2001, 284). Außerdem zeigten sich auch erste Anzeichen einer Professionalisierung im Sinne eines Berufspolitertum. Im Gegensatz zur Phase der Honoratiorenpartei hat die Parteielite einen ersten großen Professionalisierungsschub vollzogen, der sowohl die Wege der Kommunikation als auch den Status der Funktionäre betraf (VG 4). In der Abbildung 2 entfernt sich

Abbildung 2: Darstellung des intra-organisatorischen Beziehungsdreiecks für die Phase der ideologisierten Massenpartei



Quelle: Eigene Darstellung.

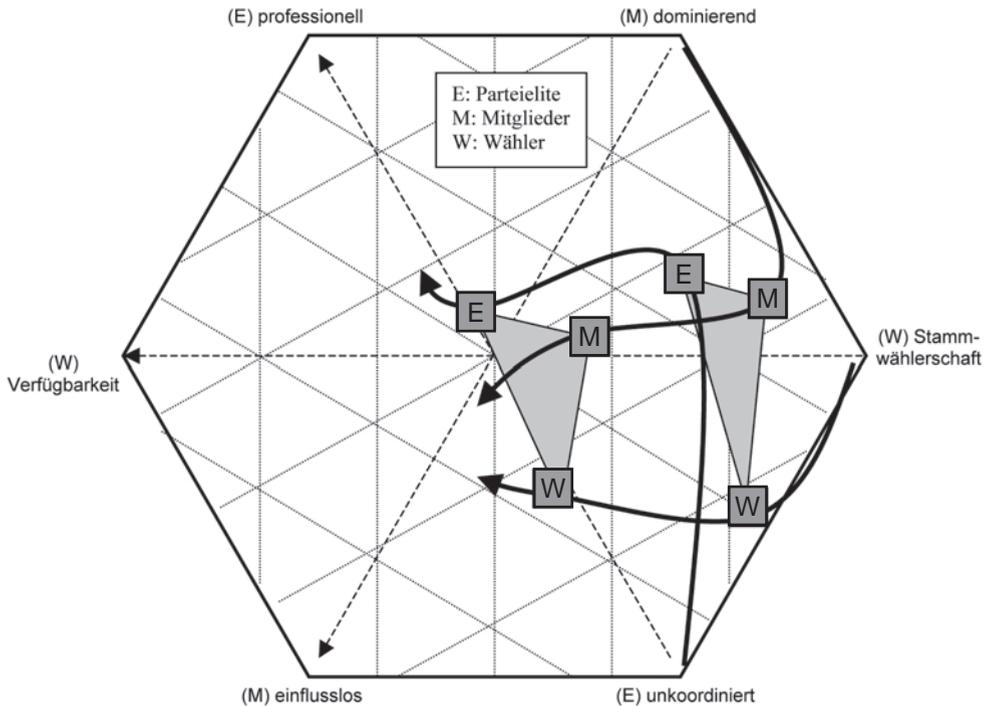
dementsprechend die Parteilite mit der ideologisierten Massenpartei weit vom Ausgangspol „unkoordiniert“.

In der Folge gesellschaftlicher Modernisierungsschübe und steigender ökonomischer Sättigung kam es in den 1950er und 1960er Jahren zur Entschärfung der Klassenkonflikte und zur Entideologisierung der WählerInnenschaft. Die intervenierenden Variablen, die die Linkage-Funktion der Parteien dominierten, veränderten sich. Mit der sich analog⁵ etablierenden Volks- oder „*catch-all*“-Partei fand eine erste Gewichtsverschiebung im Dreieck statt. „This change involves: ... Downgrading of the role of the individual party member, a role considered a historical relic ...“ (Kirchheimer 1966, 190). Charakteristisch für diese Phase ist die Lockerung der engen Symbiose von Mitgliedschaft und Parteilite (VG 2). Haungs Einwand, dass der Anstieg der Mitgliedschaft zu Beginn dieser Phase in deutlichem Kontrast zu ihrem Bedeutungsverlust stehe (Haungs 1994, 109), ignoriert, dass Kirchheimer erstens historisch vergleichend und zweitens qualitativ argumentierte. Denn die Parteilite machte sich durch ihre Professionalisierung und die staatliche Parteienfinanzierung von der Mitgliedschaft deutlich unabhängiger (VG 2, 4). Nach Schweden 1965 folgten 1967 Finnland und die Bundesrepublik, 1970 Norwegen, 1974 Italien, 1975 Österreich, 1977 Spanien und 1986 Dänemark und Frankreich (Beyme 2002, 134). Die Einnahmenstruktur wurde mit Mitgliederbeiträgen, Spenden und staatliche Zuwendungen zu einem Drei-Säulen-Modell. Hoffmann hält fest, dass es bezüglich der Anteile aber kein Maß gibt, das eine klare Trennung zwischen den Phasen erlauben würde (Hoffmann 2002, 111). Auch beim Wahlkampf, der weiter an Bedeutung gewann um die gestiegene „*availability*“ der WählerInnenschaft aufzugreifen (VG 6), hat das einzelne Parteimitglied an Gewicht verloren. Aufgrund der zunehmenden Dominanz der Massenmedien ab den 1960er Jahre erhöhten sich die kommunikativen Koordinationsanforderungen weiter. Was in einem überschaubaren Rahmen begann, führte zu einer „Unterordnung des Wahlkampfes unter die massenmedialen Produktionsgesetze“ (Hoffmann 2004, 111). Die Parteien mussten immer mehr ihr Know-how vertiefen und begannen externe ExpertInnen wie Werbeagenturen und WissenschaftlerInnen zu Rate ziehen. Die Professionalisierung der Parteilite, insbesondere durch das Wachstum der Stäbe von AssistentInnen der Abgeordneten, erreichte eine neue Stufe (VG 4). Zugleich wurde die Parteikommunikation durch die Nutzung von Rundfunk und Fernsehen immer mehr von der Mitgliedschaft als Empfänger-Kriterium unabhängig. Die politische Kommunikation wandte sich zunehmend an alle WählerInnen, von denen die Mitgliedschaft nur eine Gruppe ist (VG 6).

Obwohl Blyth und Katz sogar von einer Befreiung der „*party in public office*“ von der „*party on the ground*“ sprechen (Blyth/Katz 2005, 38), schränken gewisse Eigenschaften der Mitgliedschaft diese Entwicklung dennoch ein. Die starke demokratietheoretische Stellung der Mitgliedschaft fand zwar in den Informations- und Organisationsvorteilen der Parteiführungen zunehmend ihre Grenze, war aber in letzter Konsequenz unantastbar. Die Mitglieder waren als Repräsentanten der Partei in der Gesellschaft, als Quelle demokratischer Legitimation und über die Hebel der organisationsinternen Demokratie in einer mächtigen Vetorolle, so dass sie der Parteilite nach wie vor näher standen als diese der WählerInnenschaft (VG 1, 3). In einigen Ländern gab es zudem als Folge der Protestbewegung der 1960er Jahre zusätzliche innerparteiliche Demokratisierungen (Beyme 2002, 33). Die Volksparteien sind also durch und durch Mitgliederparteien, doch kann die Mitgliedschaft die Parteiführung nur noch an einer langen Leine halten, die in der ersten Phase zuvor noch kürzer war. Katz und Mair zu Folge ist die Parteiführung in der Kartell-Parteien-Phase dagegen kurz davor sich selbst von der Leine zu befreien.

Panebianco konstatierte im Jahr 1988 mit einer Aktualisierung des Volksparteienmodells zur „*electoral-professional party*“ eine abermalige Professionalisierung der Parteiliten und

Abbildung 3: Darstellung der intra-organisatorischen Beziehungsstrukturen für die Phasen der ideologisierten Massenpartei (rechts) und der Volkspartei (Mitte)



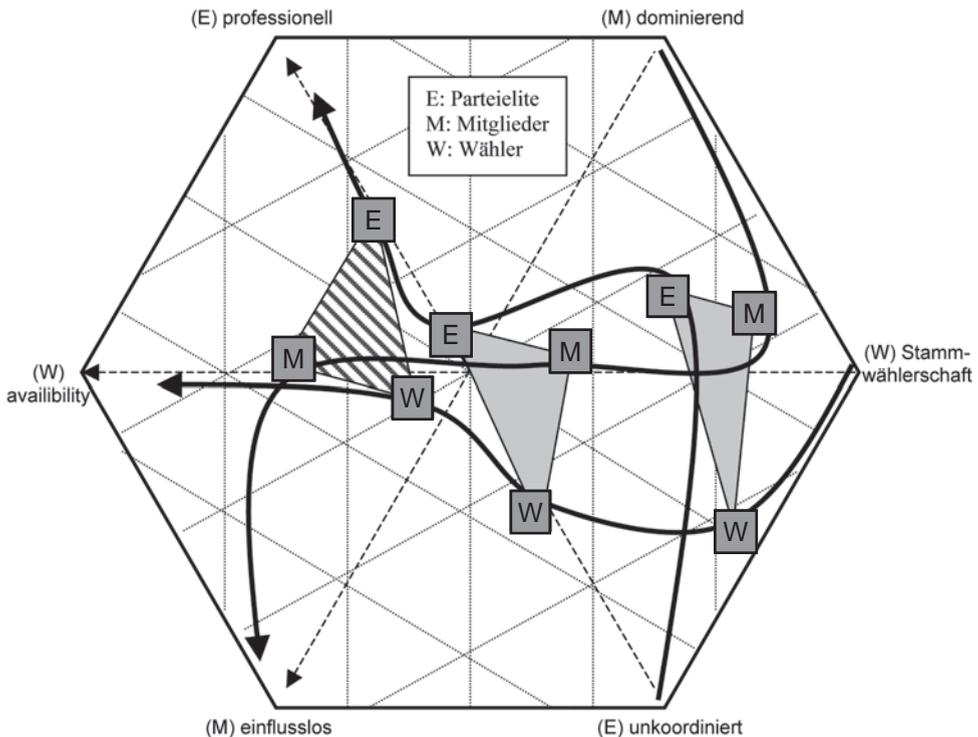
Quelle: Eigene Darstellung.

Organisationen (vgl. Panebianco 1998). „Diese unterschied sich im Wesentlichen durch die ... Ersetzung der alten Parteibürokraten durch akademisch ausgebildete Fachexperten von Kirchheimers catch-all-party“ (Detterbeck 2002, 28). Auch wenn sie ansonsten nach wie vor der Volkspartei entspricht (Panebianco 1988, 311), gibt sie Indiz für die Weiterentwicklung der Stadien typologie, die dann 1995 von Katz und Mair mit der Kartell-Parteien-These fortgeschrieben wurde. Der Begriff der Kartell-Partei ist dabei aufgrund seines Verwechslungspotentials kritisiert worden. Da auch die Organisationen der ersten Phase zum Teil so bezeichnet wurden, bevorzugt von Beyme, in Anlehnung an Panebianco, den Begriff der professionalisierten Wählerpartei und bezieht damit auch Stellung für eine vierte Phase bzw. die Verdrängung der Volkspartei, deren Entwicklungs-Tendenzen sich noch verstärkt haben (Beyme 2002, 34).

Die Kartell-Parteien-Theorie bezieht sich auf die Parteiensysteme als Ganze. Die Kartell-Parteien kennzeichnet ihre starke Bindung an den Staat, eine schwindende gesellschaftlicher Verwurzelung und parteiübergreifende Zusammenarbeit der politischen Eliten. Die etablierten Parteien reduzieren den effektiven Wettbewerb zwischen einander und versuchen als Kartell neue Parteien vom politischen Markt fernzuhalten. Ein Instrument dazu ist die staatliche Parteienfinanzierung, die sich in Europa flächendeckend durchgesetzt hat. Nach Blyth und Katz sind die Kartell-Parteien damit von „maximising competitors“ zu „risk averse colluders“ geworden (Blyth/Katz 2005, 40).

Auch in der Kartell-Parteien-Phase erfährt die Mitgliedschaft eine Abwertung innerhalb des Beziehungsdreiecks (VG 5). Dies manifestiert sich in einer neuen Stufe der Distanzierung von der Parteilite (VG 1) bei gleichzeitiger Annäherung an die WählerInnenschaft (VG 2). Die Kartell-Parteien-Theorie steht diesbezüglich in Kontinuität zu dem bisherigen Entwicklungspfad der Stadiotypologie, wie die Abbildung 4 zeigt. Konkret konstatieren Katz und Mair mit der „atomistic conception of party membership“ (Katz/Mair 1995, 21) eine Veränderung in der institutionellen Struktur der Mitgliedschaft, die auch auf die innerparteiliche Demokratie ausstrahlt. So findet durch die direkte, massenmediale und mitgliedschaftsunabhängige Ansprache durch die Parteiführung und die direkten Teilnehmungsmodi eine Schwächung des organisatorischen Mittelbaus der Parteien statt. Mechanismen wie die Basisabstimmung, z.B. durch Briefwahl, lösen zunehmend das Delegiertensystem auf Parteikongressen ab. Bei der Auswahl von Spitzenpersonal sind oftmals alle Unterstützer aufgerufen. Durch diese gut gemeinte Öffnung tritt die formale Mitgliedschaft in den Hintergrund. Ironischerweise haben die Mitglieder in den Kartell-Parteien vielleicht mehr Rechte als in der Volkspartei. Dennoch findet ein Abbau ihres organisationsinternen Gewichts statt, sodass sie sich in ihrem Status der WählerInnenschaft annähern (VG 2). Die Position der Parteiführung wird dagegen stärker, da „an atomized membership is

Abbildung 4: Intra-organisatorische Beziehungsdreiecke in allen Phasen den Mitgliederpartei: Von der ideologisierten Massenpartei (rechts) über die Volkspartei (Mitte) zur Kartell-Partei (links gestreift)



Quelle: Eigene Darstellung.

less likely to provide the basis for the mobilization of challenges“ (Katz/Mair 1995, 21). Die parteiinterne Demokratie ist geschwächt worden, auch wenn formale Rechte fortbestehen.

Dazu hat die Mitgliedschaft durch die anhaltende fachliche Professionalisierung und finanzielle Unabhängigkeit der Parteiführung weiter an Gewicht verloren. Von Beyme beschreibt die Wirkung der staatlichen Parteienfinanzierung als eine Abschottung der Parteiführung von den Mitgliedern, auch wenn sie so nicht intendiert war (Beyme 2002, 39, 142). Die wahlkampfzentrierte Partearbeit ist sehr kapitalintensiv, während der Geldfluss der Mitgliedschaft zugleich geringer wird. „Parties have therefore been obliged to look elsewhere for their resources and in this case their role as governors and law-makers made it easy for them to turn to the state“ (Katz/Mair 1995, 15). Die staatliche Parteienfinanzierung ist nach ihrer flächendeckenden Etablierung zu der wesentlichen Einnahmequelle der Parteien in der Phase der Kartell-Parteien geworden. Die Mitgliedschaft ist in dieser Hinsicht noch verzichtbarer und unbedeutender geworden, so dass sich auch immer weniger Menschen noch finanziell und aktiv an der Partearbeit beteiligen. Die Professionalisierung massenmedialer Kommunikation ist zwar kein originäres Charakteristikum der vierten Phase, unterscheidet sich aber in ihrer Dimension am Ende des 20. Jahrhunderts und ihrer Unabhängigkeit von der Mitgliedschaft von der dritten Phase. Durch das Erreichen einer neuen Stufe der Professionalisierung der Parteilite, steht auch der vierte Vergleichspunkt in Entwicklungskontinuität zu den vorherigen Phasen.

Bleiben mit der WählerInnenschaft und ihrem Verhältnis zur Parteilite noch die Vergleichspunkte 3 und 6 übrig. So wird die WählerInnenschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts als volatiler betrachtet, als in der Volksparteienphase. Die Globalisierung der Wirtschaft und Kommunikation, das nochmalige Abschwächen der klassischen „*cleavages*“, die Entstehung von Dienstleistungsgesellschaften und die Individualisierung der Lebensentwürfe hat breite Schichten entideologisierte mittelständischer Angestellter mit schwindender Parteiidentifikation geschaffen (VG 6). Allerdings führt der Aspekt des Parteienkartells hier zu einer Einschränkung. Da sich demnach immer dieselben Parteien an der Regierung abwechseln, gewinnt die WählerInnenschaft nicht weiter an Bedeutung für die Parteiliten (VG 3). Der Wahl kommt zwar die entscheidende legitimierende Wirkung zu, allerdings sind die sonstigen Kartell-Mechanismen auch Erfolg versprechend.

Die Untersuchung hat in diesem Abschnitt also drei Ergebnisse produziert. Zunächst einmal wurde anhand des stringenten Verlaufs der Teil-Einheiten eine zusammenhängende Ära der Mitgliederpartei erarbeitet. Hier sind insbesondere fünf Kriterien deutlich geworden, die für die Rolle der Mitgliedschaft im Dreieck (VG 1, 2, 5) konstitutiv gewesen sind: Der Anteil der Mitglieder bei der Finanzierung der Partei, der Ausrichtung der parteipolitischen Kommunikation auf die Mitgliedschaft, die Relevanz der Mitgliedschaft beim Wahlkampf, der Personalrekrutierung und der parteiinternen Demokratie. Der Vergleichspunkt 6 ist dabei der einzige Fall, bei dem die Implikationen der Kartell-Theorie keine direkte Fortführung des bisherigen stadien- und typologischen Entwicklungspfades markieren, da hier eher ein Stillstand zu verzeichnen ist. Bei den anderen fünf Fällen kann die idealtypische Kartell-Partei zweitens tatsächlich als der logische Nachfolgetypus der Volkspartei betrachtet werden, da die Entwicklungspfade stringent weiterlaufen. Drittens hat den idealtypischen Implikationen der Kartell-Parteien-These für das Verhältnis von Mitgliedern und Parteilite zu Folge, die Mitgliederpartei ihre Spätphase erreicht. Der Verlust der letzten Exklusivrechte in der innerparteilichen Demokratie und der Kandidatenrekrutierung würde zu ihrer Verdrängung führen. Zweitrangig ist die Mitgliedschaft dagegen schon bei der Durchführung von Wahlkämpfen, der Finanzierung der Partei und in der politischen Kommunikation. Wenn die Distanz zwischen der Mitgliedschaft und der Elite größer ist, als jene

zwischen der Parteilite und der WählerInnenchaft, ist die Schwelle von der Mitglieder- zur WählerInnenpartei überschritten.

4. Das evolutionäre Erreichen der Spätphase der Mitgliederpartei

Haben sich die theoretischen Implikationen der Kartell-Parteien-These für das Verhältnis von Parteilite, Mitgliedschaft und Wählerschaft in der Realität schon eingestellt und ist somit die Spätphase der Mitgliederpartei erreicht? Wie oben gezeigt, spräche die Stringenz in der stadien-typologischen Entwicklung dafür.⁶ Ein Überblick über die Entwicklung in Westeuropa zeigt, dass die Ausbildung der theoretischen Implikationen der Kartell-Parteien-Phase für das intra-organisatorische Beziehungsdreieck in der Realität schon weit vorangeschritten ist. Dies liegt daran, dass Katz und Mair ihre These in bereits beobachtbare gesellschaftliche Prozesse eingebettet haben, die sich als intervenierende Variablen in ähnlichem Maße auf die Beziehungsdreiecke der westeuropäischen Parteien auswirken.

Konkret ist eine durchschnittliche Zunahme der Volatilität der Wählerschaft in Westeuropa gegenüber der Hochphase der Volkspartei (in den 1960er Jahren) zu verzeichnen (VG 6). Der westeuropäische Durchschnitt erreichte mit 13% einen Höchststand. Während bis 1989 die WählerInnen kaum ideologische Grenzen überschritten, d.h. die Volatilität nur innerhalb von Blöcken statt fand, wandern viele WählerInnen nun zu neuen politischen Parteien (Keman/Pennings 2006, 99). Die klassischen Milieus der Parteien werden zugleich kleiner, auch wenn ihre Prägekraft recht stabil geblieben ist (Biehl 2006, 291). Zweitens haben sich überall in Westeuropa das Fernsehen als das Leitmedium der politischen Kommunikation und die damit verbundenen Implikationen der Inszenierung durchgesetzt, worauf die Parteiführungen mit einer massiven Professionalisierung geantwortet haben (VG 4).

Und Folge ist vor allem die Notwendigkeit des verstärkten Zukaufs von Leistungen, nämlich auf dem kommerziellen Markt zugänglicher Werbemittel und der Expertise von Meinungsforschung und externen Beratern („spin masters“) einerseits, die Beschäftigung qualifizierter Angestellter (in Beratungsstäben der Parteilite, als Referenten und Organisatoren, als Geschäftsführer unterschiedlicher Parteeinheiten und -ebenen) andererseits (Sickinger 2005, 78).

Die Parteiliten müssen auf die Anforderungen der massenmedialen Kommunikation adäquat reagieren und die schwindende Bereitschaft der Parteimitglieder zum Engagement kompensieren (VG 1, 4). Diese Prozesse kennzeichneten schon die Volksparteienphase und haben seitdem an Intensität wohl kaum abgenommen. Dies spiegelt sich wiederum in der politischen Kommunikation wieder, die unter massenmedialen Vorzeichen nur noch rudimentär innerhalb von parteispezifischen Kanälen stattfindet. Die politische Kommunikation ist nahezu mitgliedschaftsunabhängig. Dass die Mitglieder genauso RezipientInnen massenmedialer politischer Kommunikation geworden sind, markiert eine Annäherung an die Position der WählerInnenchaft (VG 2). Das gilt auch für die allgemeine Entwicklung zur Kommerzialisierung des Wahlkampfes. Die Mitgliedschaft ist heute für die Wahlkampfführung nicht mehr die relevante Größe, sondern Geld, die richtige massenmediale Strategie und demoskopischen Know-how drängen sie zunehmend an den Rand (VG 1, 5). Die Kapitalisierung des Wahlkampfes hat sich bis auf wenige Ausnahmen, wie z.B. in den Niederlanden, in Westeuropa durchgesetzt, auch wenn das oftmals nicht der größte Kostenfaktor der Parteien ist, sondern die Parteioorganisation (Naßmacher 2006, 512). Das Geld dafür kommt inzwischen hauptsächlich aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die sich flächendeckend durchgesetzt (Sickinger 2005, 87) und die Mitgliedsbeiträge als die Hauptein-

nahmequelle abgelöst hat (VG 1). Die Anteile der Mitglieder am Gesamteinkommen der großen Parteien variieren zwischen 10% wie beim spanischen Partido Popular (Matuschek 2005, 234), etwa 20% bei der ÖVP im Jahr 1998 (Fallend 2005, 202) und 49,2% bei der SPD im Jahr 2002 (Alemann/Godewerth 2005, 169). Für die Finanzierung der Partei, die Durchführung des Wahlkampfes oder als Adressat politischer Kommunikation ist die Mitgliedschaft also zweitrangig.

Bleibt nur noch die Frage nach den Mechanismen parteiinterner Demokratie. Wie oben gezeigt, hängt die Einordnung der idealtypischen Kartell-Partei als Mitgliederpartei an diesem dünnen Faden der exklusiven Partizipationsrechte der Mitgliedschaft. Von Beyme stellt fest, dass schon im Zeitalter der Volksparteien die innerparteiliche Demokratie selten verwirklicht wurde und sie in der vierten Phase eher im Abnehmen begriffen ist (Beyme 2002, 30). Die Mitgliedschaft ist aber dennoch aufgrund ihrer Vetorolle und der Notwendigkeit der demokratischen Legitimation der Parteien nach wie vor eine zentrale Größe, wie Schmid und Zolleis feststellen (Schmid/Zolleis 2005, 18). Die hoch gehaltenen Beachtung demokratischer Grundprinzipien in den Parteien in Skandinavien (Steffen 2006, 99), die starke kantonale Verwurzelung der Schweizer Parteien oder die gesetzlich vorgeschriebene parteiinterne Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, zeigen dies. Diese deutsche Vorschrift friert die Entwicklung der Parteiorganisationsformen sogar auf der Höhe der Mitgliederpartei ein. Doch auch ohne den gesetzlichen Zwang „hält die SPD strikt am Konzept der Mitgliederpartei fest und hat insbesondere in den 90er Jahren verstärkt daran gearbeitet, die Einflüsse der Parteibasis an innerparteilichen Entscheidungsprozessen weiterzuentwickeln“ (Alemann/Godewerth 2005, 160). Die britische Labour-Partei hat mit einer Parteiorganisationsreform sogar einen Schritt in Richtung Veto-Rolle der Mitgliedschaft vollzogen. Während der Einfluss der Gewerkschaften von 90% auf 50% reduziert wurde, stellt die Mitgliedschaft nun die Hälfte aller Stimmberechtigten auf dem Parteitag (Painter 2005, 210)

Diese parteiinterne Demokratie nimmt allerdings zunehmend die Charakteristika der Atomisierung der Mitgliedschaft an. Hier sind als erstes die Urwahlen des Spitzenpersonals zu nennen. Zu den Pionieren dieser Methode, wie z.B. der SPD bei der Wahl von Scharping oder Labour bei der Wahl von Blair 1994, gesellen sich die Sozialisten Spaniens und Frankreichs 1998 und 2006, die Linkskoalition in Italien oder die britischen Konservativen mit der Wahl von Cameron beide im Jahr 2006. Anders als die neu eingeführte Urwahl der lokalen WahlkreisandidatInnen durch alle Mitglieder, zeigt sich aber an der ebenfalls durch Urwahl erfolgenden Einsetzung der Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees (NEC) der britischen Labour-Partei die Schwächung der organisatorischen Delegiertenstruktur, da dies vorher der Parteitag tat (Painter 2005, 210). Hopkin weist darauf hin, dass die Implementierung der „*One-man-one-vote*“-Logik für die Kandidatenauswahl zugleich auch ein wichtiges Instrument der Parteiführung war, um einen inhaltlichen Kurswechsel von Labour herbeizuführen, da so die weniger ideologischen und aktiven Parteimitglieder mehr Gewicht bekommen hätten (Hopkin 2001, 351). Bei den britischen Konservativen hat sich aber trotz der Reformansätze an der Dominanz der „*parliamentary party*“ und der schwachen „*Linkage*“ zwischen lokalen Parteistrukturen und der Spitze nach Abromeit und Stoiber kaum etwas geändert (Abromeit/Stoiber 2006, 158). Dennoch wurde auch hier 1998 für die Wahl des Parteiführers und der KandidatInnen für Unterhaus und Europäisches Parlament die Basisabstimmung implementiert (Hopkin 2001, 353). Die Wahl von Walter Veltroni zum Vorsitzenden der neu gegründeten Demokratischen Partei (PD) in Italien im letzten Jahr kennzeichnete ihre Offenheit für alle Anhänger. Die einzige Hürde bestand in der Zahlung einer Gebühr von einem Euro. Im Jahr 2004 waren schon in Griechenland alle Wahlberechtigten aufgerufen, den neuen Vorsitzenden der Pasoc zu wählen. Insgesamt ist die forma-

le Bedeutung des einzelnen Mitgliedes bei der Personalauswahl seit der Volksparteienphase in den 1960er Jahren immer größer geworden (Vgl. Bille 2001).

Parties with declining membership and ever fewer partisan supporters, dominated by political professionals and financed by state subsidies, suffer an apparent 'democratic deficit'. However unnecessary memberships may be to the basic functions of cartel parties, the 'legitimizing myth' that they contribute is a key element of parties' public images as representative organisations (Hopkin 2001, 345).

Reformvorschläge, die immer wieder zur Behebung der quantitativen Misere der Parteien gemacht werden, wie etwa lockere Formen der Mitgliedschaft oder sogar das Modell der amerikanischen „Primaries“ einzuführen (Rogers 2005, 606ff.), beschleunigen aber die Verwässerung bzw. Ablösung der Mitgliederpartei. Auch Regionalkonferenzen erzielen die gleiche Wirkung, da sie keine institutionalisierten Formen des Einflusses der Mitgliedschaft gegenüber der Parteiführung erlauben.

Nur ein struktureller Unterschied ergibt sich zwischen den theoretischen Implikationen der Kartell-Parteien-Theorie für das intra-organisatorische Beziehungsdreieck und der Realität. Er bezieht sich direkt auf die Kernaussage von Katz und Mair. Studien haben aber gezeigt, dass die staatliche Parteienfinanzierung nicht zu der prognostizierten Kartellisierung sondern eher zur Fragmentierung des Parteienwettbewerbs geführt hat (vgl. Scarrow 2006; Detterbeck 2005), wobei die dominanten Parteien oftmals ihre Position nicht festigen konnten (Naßmacher 2006, 509). Die durch den Kartell-Charakter implizierte Abwertung der WählerInnenschaft ist also nicht eingetreten (VG 6), so dass der Annäherungsprozess der WählerInnenschaft und der Parteilite im Beziehungsdreieck der post-Volkspartei-Phase noch anhält (VG 3). Bis auf diesen einen Unterschied ergeben sich in der Gesamtschau der sechs Vergleichspunkte also fünf Übereinstimmungen zwischen den theoretischen Implikationen und der tatsächlichen Entwicklung. Trotz der Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien ist die Ausbildung der Spätphase der westeuropäischen Mitgliederparteien schon weit voran geschritten.

5. Das erodierende Fundament der Mitgliederpartei durch die plebiszitäre Transformation

Der stadientypologische Verlauf in der Abbildung 4 zeigt, dass bei einer stringenten Entwicklung eine weitere Entwertung der Mitgliedschaft, ihre erneute Distanzierung von einer sich weiter professionalisierenden Parteilite und die Annäherung der Parteilite an die immer volatilere WählerInnenschaft zu erwarten ist. Dies sind die Konturen der idealtypischen Nachfolgepartei der Mitgliederpartei für die dann offensichtlich der schon vorher benutzte Begriff der WählerInnenpartei reserviert werden müsste.⁷ Dieses Kapitel zeigt, dass sich in der Realität zunehmend Beispiele für diese theoretische Projektion eines Nachfolgemodells der Mitgliederpartei finden lassen. Somit sinkt das empirische Fundament der Mitgliederpartei als typologischer Durchschnittspartei, während das Nachfolgemodell immer mehr an Gewicht gewinnt. Wenn oberhalb die stetige Verdrängung der Idealtypen als der Grundrhythmus des Parteienwandels charakterisiert wurde, deutet die zunehmende Relevanz des Nachfolgemodells auf diesen Prozess hin.

Der wesentliche Indikator ist die Etablierung der rechtspopulistischen⁸ Parteien als Parteienfamilie in den 1980er Jahren. Diese ist Teil einer nicht linearen Fragmentierungstendenz in

den meisten westeuropäischen Parteiensystemen, die auch andere Parteienfamilien hervorgebracht hat.⁹ Ausnahmen bilden die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien oder Schweden¹⁰, da sich dort bislang keine rechtspopulistische Partei auf nationaler Ebene etablieren konnte. Woanders können die Rechtspopulisten dagegen regelmäßig größtenteils zweistellige Ergebnisse erzielen und ihr durchschnittlicher Stimmenanteil ist seit 1986 von 3% auf 14% im Jahr 2000 gestiegen (Spier 2006, 47). Der Entstehungshintergrund der rechtspopulistischen Parteien liegt in einer Abwehrreaktion auf Modernisierungsprozesse (ebd.). Die Internationalisierung und Globalisierung der sich wandelnden Nationalstaaten wird dabei mit ihrem „Globalisierungs-Demokratie-Dilemma“ (Schmidt 2006, 818) auch zukünftig für genügend Munition zur Agitation sorgen. Mit der FPÖ, SVP und Forza Italia haben es sogar drei Rechtspopulisten bis in die Mitte der jeweiligen Parteiensysteme geschafft.¹¹ FPÖ und FI konnten auch Regierungsmacht erlangen (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005), während die SVP an ihr durch die Zauberformel eh beteiligt war. Sie vereinen konstant zwischen 20% und 30% der Stimmen auf sich.

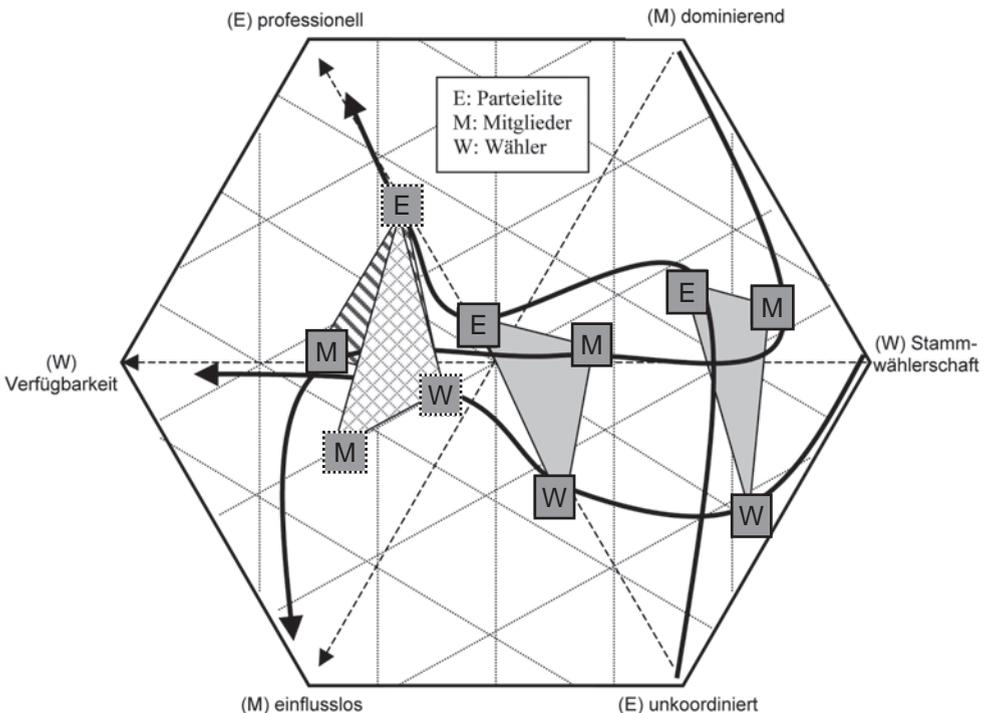
Im Gegensatz zu den anderen neueren Parteienfamilien, wie den grün-alternativen Parteien oder neuen linken Parteien, sind die Rechtspopulisten nicht nur erfolgreicher, sondern auch von ihrer inneren Struktur her keine Mitgliederparteien. „Die neu entstandenen Parteien sind Trendsetter einer Entwicklung, die man als ‚plebiszitäre Transformation‘ des politischen Prozesses bezeichnen könnte“ (Decker 2004, 273). Die plebiszitäre Transformation bringt hinsichtlich der organisatorischen Struktur der Parteien zwei Hauptmerkmale hervor: Den Bewegungskarakter und die charismatische Führerschaft (Decker 2006, 17). Nicht umsonst bezeichnete Grasmück Forza Italia als „charismatische Partei“ (vgl. Grasmück 2005). Anzeichen für eine derartige Entwicklung hat es aber auch schon vorher gegeben. So stehen die französischen Gaullisten in einer Tradition als Sammlungsbewegung („*rassemblement*“), die nur wenig Wert auf eine ausgefeilte parteiinterne Demokratie gelegt hat. Abromeit und Stoiber stellen die Frage, ob es überhaupt Parteien in Frankreich gibt und kommen zu dem Schluss, dass diese kaum mehr als Wahlvereine für die „*presidentiables*“ sind (Abromeit/Stoiber 2006, 170). Dass die Präsidentschaftskandidaten es immer wieder geschafft haben, „die Organisations- und Personalkapazitäten ihrer Partei ausschließlich für eigene Zwecke zu nutzen“, (ebd.) zeigt, dass eine Veto-Rolle der Mitgliedschaft fehlt.

Decker hält fest, dass bei den rechtspopulistischen Parteien autoritäre Strukturen mit einem Führer an der Spitze an die Stelle von demokratisch gewählten Gremien treten. Dabei ist eine feste Institutionalisierung von der Basis oftmals mit Bezug auf den Bewegungskarakter gar nicht gewünscht, was auch die Bezeichnungen Liga, Bund, Front oder eben Bewegung verdeutlichen (Decker 2004, 34). Die populistischen Parteien stehen im Einklang mit dem veränderten Partizipationsverständnis, bei dem stark formalisierte Mitgliedschaften in den Hintergrund treten. Dies begünstigt die rechtspopulistischen Bewegungen, aber auch Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements (Weßels 2005, 97). Trotz ihrer inhaltlichen Rückwärtsgewandtheit verkörpern die Rechtspopulisten also eine moderne Form der Parteiorganisation, die die Spätphase der Mitgliederpartei schon überwunden hat. Zugleich ist dies nach der Reaktion auf die Globalisierung und Internationalisierung, der zweite Faktor, der gegen eine nur kurzfristige Rolle der Rechtspopulisten in den zukünftigen Parteiensystemen und für ihre nachhaltige Wirkung auf den Bestand der Mitgliederpartei spricht.

„Der europaweite Vergleich zeigt, dass sich Entstehung und Aufstieg der Newcomer fast ausnahmslos einzelnen Führerpersönlichkeiten verdanken – Le Pen, Berlusconi, Bossi, Haider, Fortuyn...“ (Decker 2006, 17). Die Dominanz dieser Figuren, die Poli für Forza Italia euphemistisch als „Präsidentialismus“ bezeichnet (Poli 2001, 116), und die rhetorische Ausrichtung auf

das Volk als Ganzes, lassen eine starke Parteimitgliedschaft als genauso unnötige Zwischeninstanz erscheinen, wie das Parlament. Dies äußert sich im intra-organisatorische Dreieck anhand einer gegenüber der Spätphase der Mitgliederpartei eine Stufe größeren Bedeutungslosigkeit der Mitgliedschaft (VG 5), die sich von der Parteilite entfernt (VG 1) und den WählerInnen weiter angenähert hat (VG 2). War die parteiinterne Demokratie der letzte Haken in der Spätphase der Mitgliederpartei, ist diese bei den rechtspopulistischen Parteien meistens durch eine Zentralisierung nochmals reduziert worden. Entscheidend ist der Zugang zur Führungsfigur, der beispielsweise auf jahrelangen beruflichen Beziehungen wie bei Berlusconi oder auf familiären Verbindungen wie bei Le Pen und seiner Tochter basieren kann. Daher ist auch die Personalrekrutierungsfunktion der Mitgliedschaft in den Hintergrund getreten, zumal auch oft Seiteneinsteiger Parteifunktionäre verdrängen. Die KandidatInnenauswahl findet eher in einem top-down- als in einem bottom-up-Prozess statt. Auch in der rechtspopulistischen Parteienfamilie spielt die staatliche Parteienfinanzierung eine wichtige Rolle. Die 30,5% Mitgliederanteil an der Finanzierung von Forza Italia im Jahr 2000 (Poli 2001, 275) erscheinen schon als verhältnismäßig viel. Wenn Sickinger schreibt, dass die finanzielle Einstiegshürde für neue Parteien durch die staatliche Parteienfinanzierung deutlich niedriger geworden ist, gilt dies für die rechtspopulistischen Parteien allemal (Sickinger 2005, 79). Der Bewegungskarakter steht zudem einer regelmäßigen

Abbildung 5: Darstellung der intra-organisatorischen Beziehungsdreiecke in den Phasen der ideologisierten Massenpartei (rechts), der Volkspartei (Mitte), der Kartell-Partei (gestreift) sowie vom Modell der Parteien der plebiszitären Transformation (kariert)



Beitragskultur entgegen. Dementsprechend besteht zwischen der Mitgliederpartei und der rechtspopulistischen Parteienfamilie nicht nur ein Unterschied in der größeren Distanz zwischen Parteilite und Mitgliedschaft (VG 1), sondern auch in der größeren Nähe zwischen Mitgliedschaft und WählerInnenschaft (VG 2).

Die anderen Vergleichspunkte ähneln dagegen der Spätphase der Mitgliederpartei, da sie alle Parteienfamilien betreffen. Rechtspopulistischen Parteien kommunizieren genauso im massenmedialen Kontext, insofern sie nicht von Anfang an durch einen Boykott z.B. vom Leitmedium Fernsehen ausgeschlossen sind, wie die Republikaner in der Bundesrepublik es waren (Bergsdorf 1998, 450). Vielmehr begünstigen die Implikationen der „Mediokratie“ (vgl. Meyer 2001) das personenzentrierte Bewegungsmodell und erschweren zunehmend die Kommunikationsarbeit der Mitgliederparteien.

Die Parteien, ja das ganze intermediäre System der Vereine, Organisationen und Initiativen, in denen Projekte und Lösungen in langwierigen Beratungen, Verhandlungen, Kompromissen allmählich reifen, also das mühsame Procedere der Demokratie, haben unter den Gesetzen der Medienwelt kaum eine Chance (Meyer 2006, 86).

Das Paradebeispiel für eine mitgliedschaftsunabhängige Kommunikation ist dabei natürlich Silvio Berlusconi mit seinen Fernsehsendern. Extremisten wie Le Pen nutzen das Fernsehen genauso zu ihren Gunsten wie Blocher oder Haider. Es scheint also keine großen Unterschiede in der rechtspopulistischen Parteifamilie und zwischen den Parteifamilien generell zu geben, wenn Le Pen zu den medienpräsentesten Politikern in Frankreich zählt (Bergsdorf 1998, 449). Die überall bestehenden massenmedialen Gesetze nivellieren die Unterschiede zwischen rechtspopulistischen und Mitgliederparteien, da die politische Kommunikation weitgehend mitgliedschaftsunabhängig (VG 1), die Führung der Partei professionalisiert und der Wahlkampf kommerzialisiert ist (VG 4). Hier ergeben sich höchstens Unterschiede zwischen finanzkräftigen und schwachen Parteien.

Als uneindeutig erweist sich schließlich das Verhältnis zwischen Parteilite und WählerInnenschaft (VG 3). Der theoretischen Projektion zu Folge müssten sich beide weiter annähern, da für die Parteilite die WählerInnen als indirekte Finanziere immer wichtiger werden und die Parteiliten in verstärkten Wahlkämpfen mit einem Stimmenmaximierungskonzept auf die gestiegene „*availability*“ der WählerInnenschaft eingehen. Für moderatere Parteien wie Forza Italia, die FPÖ oder die SVP gilt diese Implikation. Anders sieht es dagegen bei den Parteien am Rande zum Extremismus aus. Deren xenophobes Wahlkampfgetöse schreckt den Großteil der Menschen ab und ist das Gegenteil einer populistischen „*catch-all*“-Strategie. Mit zunehmenden Extremismusgrad, wie er beim kulturellen Populismus überwiegt (Decker 2004, 180), sinkt die Orientierung der Parteiführung an der gesamten WählerInnenschaft und konzentriert sich auf die StammwählerInnenschaft. Bei diesem Vergleichspunkt zeigt sich also eine Spaltung der Parteifamilie, die durch einen Stillstand in der Entwicklung der Abbildung 5 reflektiert wird.

6. Fazit

Die kontinuierliche Verdrängung von Parteiorganisationsformen ist eine Reaktion auf langfristige gesellschaftliche Prozesse und daher grundsätzlich nicht aufzuhalten. Parteien sind zwar nach wie vor schwer zu manövrierende Tanker, doch arbeiten sie während der Fahrt an der Verbesserung des Schiffes. Auch wenn sich das Blatt in einer Phase der Re-Politisierung wieder wenden könnte, ist der aktuelle Mitgliederschwund in vielen westeuropäischen Parteien ein Indiz für eine

sinkende Bereitschaft zu formalen Bindungen in Organisationen. Dies wird auf die Pluralisierung, Hedonisierung, Individualisierung, Entideologisierung bzw. Säkularisierung der Gesellschaft zurückgeführt. Der Partizipationswille in Parteien ist dabei analog zum Bedeutungsverlust der Mitgliedschaft zurückgegangen. Dass neu gegründete Parteien im Kontext der delineaeren Fragmentierung seit den 1980er Jahren, nach der Demokratisierung auf der Iberischen Halbinsel (vgl. Van Biezen 1998) oder in Italien nach dem Zusammenbruch der 1. Republik gar nicht mehr den Charakter einer Massenpartei mit einer starken „*party on the ground*“ entwickeln, zeigt sie als Produkte ihrer Zeit. Denn die Mitgliederpartei mit einer starken Mitgliedschaft innerhalb der Parteiorganisation hat ihre Hochphase längst hinter sich. Die vorliegende Argumentation hat gezeigt, dass sich die ideal- und realtypische Entwicklung stringent auf die Entkopplung von Mitgliedschaft und Elite und einer Annäherung von Elite und WählerInnenschaft zubewegt hat. Die große „*core persistence*“ (Detterbeck 2002, 15) seit der Nachkriegszeit brems zwar noch die Entwicklungsdynamik und wird vorerst eine gänzliche Ablösung der Mitgliederpartei in Westeuropa verhindern. Das bedeutet, dass auch trotz sinkender Pegelstände in der Mitgliedschaft, ein Abgesang auf die Mitgliederpartei noch verfrüht ist. Und wenn, ergibt sich dieser aus der qualitativen Entwicklung. So droht das weitere Abschrumpfen der verbleibenden exklusiven Rechte innerhalb der Organisation die Mitgliedschaft in ihrer Bedeutung weiter zu minimieren und zu einer „*low intensity membership*“ zu führen. Die plebiszitäre Transformation ist davon ein Vorbote. Die rechtspopulistischen Parteien brauchen keine demokratische Legitimation in Form von Mitgliedern mehr. Ihnen reicht vollkommen aus, dass sie (vorgeben) die Interessen des gesamten Volkes oder der einfachen Leute zu vertreten.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Beitrag bildet die erweiterte und aktualisierte Fassung eines Vortrages auf der Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Parteienforschung“ im Oktober 2007 in Berlin.
- 2 Der Begriff der Parteilite bezieht sich auf die Parteispitze und die gewählten Mandatsträger in den Fraktionen. Dabei wird ein eventuelles Spannungsverhältnis zwischen Parteispitze und Fraktion ausgeblendet.
- 3 Zur Rezeption der Kartell-Parteien-These in der deutschen Politikwissenschaft von 1995 bis 2001 vgl. Helms (2001).
- 4 „VG“ steht in der Folge für „Vergleichspunkt“; vgl. zur Konzeption der sechs Vergleichspunkte Abbildung 1.
- 5 Hoffmann setzt den Einschnitt mit der Nachkriegszeit (Hoffmann 2004, 42), während von Beyme eher die Mitte der 1950er Jahre in den Vordergrund stellt (Beyme 2002, 29). Karsten Rudolph spricht von den 1960er Jahren sogar als dem Jahrzehnt der Volksparteien (vgl. Rudolph 1999).
- 6 Die hier vorliegende Argumentation bezieht sich dabei nicht auf die Kartell-Parteien-These als Ganze, sondern wiederum nur auf das intra-organisatorischen Dreieck von großen, westeuropäischen Parteien, da sich die theoretischen Verallgemeinerungen der Stadien typologie auf diese beziehen. Die Analyse kann im hier gegebenen Rahmen allerdings nur einen Ausschnitt von ihnen genauer berücksichtigen.
- 7 Obwohl das Ende der Kartell-Partei als einzelner Phase mit dem Ende der Mitgliederpartei synchron geht, wird hier nicht der Versuch unternommen, schon das Nachfolgemodell der Kartell-Partei in seiner Gesamtheit zu skizzieren. Wie anfangs dargestellt, ist die Mitgliedschaft und ihr Verhältnis zur Parteilite und Wählerschaft, nur eines von verschiedenen Elementen der Stadien typologie (Verhältnis zum Staat etc.).
- 8 Da hier keine umfassende Begriffsklärung geleistet werden kann, wird auf die Definition und Typologie von Decker (2004, 21ff., 161ff.) verwiesen, die hier auch zu Grunde gelegt wurde. Das bedeutet, dass auch extremistische Parteien wie Vlaams Belang oder der französische Front National miteinbezogen werden, da sie zeitgleich auch wichtige populistische Elemente aufweisen.
- 9 So hat sich die Fragmentierung (relevante Parteien nach Laakso und Taagepera) in sieben Ländern (Dänemark, Norwegen, Schweden, Island, Belgien, Deutschland, Österreich) stetig erhöht. In neun Parteiensystemen hat sich die Anzahl stabil gehalten, während sie allein in Finnland und Spanien sank (Stöss et al. 2005, 25).

- 10 Auch wenn die Neuen Demokraten und die Schwedischen Demokraten als rechtspopulistische Parteien zwischenzeitlich auf bis zu 6,7% der Stimmen (Wahl 1991) kommen konnten, sorgen die traditionell bestehenden kollektiven Identitäten und die Dominanz der sozioökonomischen Konfliktlinie für eine Marginalisierung der Parteien (Rydgren 2006, 166ff.).
- 11 Während Forza Italia allerdings schon als (rechts-)populistische Partei konzipiert wurde, werden die FPÖ und die SVP erst nach den Machtübernahmen von Haider und Blocher so bewertet (vgl. hierzu Luther 2001; Decker 2004, 89ff.).

LITERATURVERZEICHNIS

- Abromeit, Heidrun/Michael Stoiber* (2006). Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme, Wiesbaden.
- Alemann, Ulrich von/Thelse Godewerth* (2005). Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern, in: Josef Schmid/Udo Zolleis (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 158–171.
- Bergsdorf, Harald* (1998). Rechtsextreme Parteien in Deutschland und Frankreich: durch das Fernsehen bekämpft oder befördert?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 29(3), 449–459.
- Beyme, Klaus von* (2002). Parteien im Wandel, Wiesbaden.
- Biehl, Heiko* (2006). Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien? Zum Zusammenhang von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 37(2), 277–292.
- Biezen, Ingrid van* (1998). Building Party Organisations and the Relevance of Past Models: The Communist and Socialist Parties in Spain and Portugal, in: West European Politics, Vol. 21(2), 32–62.
- Bille, Lars* (2001). Democratizing a Democratic Procedure: Myth or Reality? Candidate Selection in Western European Parties 1960–1990, in: Party Politics, Vol. 7(3), 363–380.
- Blyth, Mark/Richard Katz* (2005). From Catch-all Politics to Cartelisation: The Political Economy of the Cartel Party, in: West European Politics, Vol. 28(1), 33–60.
- Decker, Frank* (1999). Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 30(2), 345–361.
- Decker, Frank* (2004). Der neue Rechtspopulismus, Opladen.
- Decker, Frank* (2006). Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa, Bonn, 9–32.
- Detterbeck, Klaus* (2002). Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, Opladen.
- Detterbeck, Klaus* (2005). Cartel Parties in Western Europe?, in: Party Politics, Vol. 11(2), 173–191.
- Fallend, Franz* (2005). Die Österreichische Volkspartei (ÖVP): Erfolgreiche Wahlstrategie bei unmoderner Parteiorganisation, in: Josef Schmid/Udo Zolleis (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 186–206.
- Frölich-Steffen, Susanne/Lars Rensmann* (Hg.) (2005). Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien.
- Grasmück, Damian* (2005). Die Forza Italia Silvio Berlusconi. Geburt, Entwicklung, Regierungstätigkeit und Strukturen einer charismatischen Partei, Frankfurt/Main.
- Haungs, Peter* (1994). Plädoyer für eine erneuerte Mitgliederpartei. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der Volksparteien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 25(1), 108–115.
- Helms, Ludger* (2001). Die Kartell-Parteien-These und ihre Kritiker, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 42(4), 698–708.
- Hoffmann, Bernd* (2004). Annäherung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie, Wiesbaden.
- Hopkin, Jonathan* (2001). Bringing the members back in? Democratizing Candidate Selection in Britain and Spain, in: Party Politics, Vol. 7(3), 343–361.
- Katz, Richard S.* (2001). The problem of candidate selection and models of party democracy, in: Party Politics, Vol. 7(3), 277–296.
- Katz, Richard S./Peter Mair* (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the cartel party, in: Party politics, Vol. 1(1), 5–28.
- Keman, Hans/Paul Pennings* (2006). Competition and Coalescence in European Party Systems: Social Democracy and Christian Democracy Moving into the 21st Century, in: Swiss Political Science Review, Vol. 12(2), 95–126.
- Kirchheimer, Otto* (1966). The transformation of the Western European Party System, in: Joseph LaPalombara/Myron Weiner (Hg.): Political Parties and Political Development, Princeton, 177–200.

- Luther, Kurt Richard (2001). Parteistrategische Herausforderungen der Regierungsverantwortung: Die FPÖ vor und nach dem Eintritt in die Bundesregierung, in: Ferdinand *Karhofer*/Josef *Melchior*/Hubert *Sickinger* (Hg.): Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Baden-Baden, 69–88.
- Meyer, Thomas (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/Main.
- Meyer, Thomas (2006). Populismus und Medien, in: Frank *Decker* (Hg.): Populismus in Europa, Bonn, 81–96.
- Nassmacher, Hiltrud (2006). Parteiensysteme und Parteienfinanzierung in Westeuropa, in: Oskar *Niedermayer*/Richard *Stöss*/Melanie *Haas* (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 507–520.
- Painter, Anthony (2005). New Labour: Der Aufbau eines ‚progressiven Konsenses‘, in: Josef *Schmid*/Udo *Zolleis* (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 207–217.
- Panebianco, Angelo (1988). Political Parties: organization and power, Cambridge.
- Poli, Emanuela (2001). Forza Italia. Strutture, leadership e radicamento territoriale, Bologna.
- Rogers, Ben (2005). From Membership to Management? The Future of Political Parties as Democratic Organisations, in: Parliamentary Affairs, Vol. 58(3), 600–610.
- Rudolph, Karsten (1999). Die sechziger Jahre: Das Jahrzehnt der Volksparteien?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 30(2), 362–376.
- Rydgren, Jens (2006). Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Frank *Decker* (Hg.): Populismus in Europa, Bonn, 165–190.
- Scarrow, Susan E. (2006). Party Subsidies and the Freezing of Party Competition: Do Cartel Mechanisms work?, in: West European Politics, Vol. 29(4), 619–639.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo (2005). Zwischen Strategie und Anarchie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: Josef *Schmid*/Udo *Zolleis* (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 9–21.
- Schmidt, Manfred G. (2006). Die Zukunft der Demokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 37(4), 812–822.
- Sickinger, Hubert (2005). Die Finanzierung des Parteienwettbewerbs, in: Josef *Schmid*/Udo *Zolleis* (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 77–95.
- Spier, Tim (2006). Populismus und Modernisierung, in: Frank *Decker* (Hg.): Populismus in Europa, Bonn, 33–58.
- Steffen, Christian (2006). Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Oskar *Niedermayer*/Richard *Stöss*/Melanie *Haas* (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 67–108.
- Stöss, Richard/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (2006). Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel, in: Oskar *Niedermayer*/Richard *Stöss*/Melanie *Haas* (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 7–37.
- Weßels, Bernhard (2005). Zwischen Organisation und Bewegung: Wieviel Gesellschaft braucht Partei?, in: Daniel *Dettling* (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung, Wiesbaden, 90–104.
- Wiesendahl, Elmar (2006). Mitgliederparteien am Ende? Zum Stand der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

AUTOR

Eike-Christian HORNIG ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Von 1998 bis 2004 Studium der Politikwissenschaft in Osnabrück und Rom. Zurzeit Promotion über das Verhältnis von politischen Parteien und direkter Demokratie im westeuropäischen Vergleich. Arbeitsschwerpunkte sind neben der direkten Demokratie und der Parteiethorie auch das politische System Italiens und der Parlamentarismus.

Korrespondenzadresse: Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften, Seminarstraße 33, 49074 Osnabrück, Deutschland.

E-Mail: eihornig@uni-osnabrueck.de